

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Luxemburg am 26. und 27. Juni 2023

Am 26. und 27. Juni 2023 tagte der Rat Landwirtschaft und Fischerei zum letzten Mal unter dem Vorsitz des schwedischen Ministers für ländliche Entwicklung, Peter Kullgren, in Luxemburg. Herr Bundesminister Totschnig vertrat die österreichischen Interessen. Die Kommission wurde durch die Kommissarin Stella Kyriakides (Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) sowie die Kommissare Janusz Wojciechowski (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung) und Virginijus Sinkevičius (Umwelt) vertreten. Im Vordergrund standen im Bereich der Fischerei die Gemeinsame Fischereipolitik und Fangmöglichkeiten für 2024 sowie das Paket zur Fischereipolitik und im landwirtschaftlichen Bereich die Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie handelsbezogene Agrarfragen.

Im Rahmen des Tagesordnungspunktes zur Fischerei informierte die Kommission die Ministerrunde über den Stand der Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Konsultation zu den Fangmöglichkeiten 2024. Die Ministerinnen und Minister betonten in ihrem Gedankenaustausch das nötige Gleichgewicht zwischen Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der EU-Fischereiflotten. Sie betonten die Bedeutung internationaler Fischereibewirtschaftungsorganisationen und forderten die Kommission auf, die EU-Fischerei-Interessen in den Verhandlungen mit Drittstaaten nachdrücklich zu vertreten. Außerdem wurden Probleme bei der Umsetzung der Anlande Verpflichtung thematisiert und die Rolle der handwerklichen Küstenfischerei für den Erhalt der Küstengemeinschaften unterstrichen.

Des Weiteren legte die Kommission Schlussfolgerungen zum Paket zur Fischereipolitik für Nachhaltigkeit, Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit im Fischerei- und Aquakultursektor vor. Die Schlussfolgerungen betonen die Bedeutung des Fischereisektors für die Ernährungssicherheit bei gleichzeitigem Schutz mariner Ökosysteme. Sie adressieren weitere aktuelle Herausforderungen für den Fischerei- und Aquakultursektor, wie Überalterung, fehlende Finanzmittel zur Energiewende, Hindernisse bei der Umsetzung von Innovationen und die Auswirkungen des Brexit. Die Schlussfolgerungen des Vorsitzes wurden von 25 Mitgliedstaaten unterstützt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln legte der schwedische Vorsitz seinen Fortschrittsbericht vor. Der Vorschlag ist eine Initiative im Rahmen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ der Kommission, mit der der Einsatz und das Risiko von Pflanzenschutzmitteln in der Union bis 2030 um 50 % verringert werden soll. Neben der geplanten Studie der Kommission zur Ergänzung der bestehenden Folgenabschätzung, konzentrierte sich der Rat bei seinen Beratungen auf den Fortschrittsbericht und die vom schwedischen Vorsitz vorgelegten Kompromisstexte. Im Rahmen der Ministerrunde wurden Fragen der Umsetzung des integrierten Pflanzenschutzes, die Zuständigkeiten der „beruflichen Verwender“ von Pflanzenschutzmitteln, die Wechselwirkung zwischen den kulturspezifischen Leitlinien und Vorschriften sowie die Art und Weise ihrer Anwendung und ihrer Verknüpfung mit der GAP-Finanzierung erörtert. Im Hinblick auf die erweiterte Folgenabschätzung, bekräftigte eine Mehrzahl der Mitgliedstaaten erneut die Notwendigkeit einer umfassenderen Datenlage mit klaren quantitativen Kennzahlen, um die Auswirkungen auf die Ernährungs- und Versorgungssicherheit der EU adäquat einschätzen zu können.

Einen weiteren Tagesordnungspunkt bildete der Gedankenaustausch über die Entwicklungen handelsbezogener Agrarfragen. Augenmerk lag auf den jüngsten Daten zu Ein- und Ausfuhren, die Beziehungen zu den wichtigsten Handelspartnern und die laufenden Verhandlungen über Handelsabkommen, die derzeit sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene stattfinden. Die Kommission wies darauf hin, dass der EU Handelsüberschuss bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen um 22% im Jahr 2022 anstieg. Außerdem solle die Studie zu kumulativen Auswirkungen der Handelsabkommen in Bezug auf die EU-Landwirtschaft aktualisiert werden.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ informierte der schwedische Vorsitz zum Konzept „Eine Gesundheit“ zur Bewältigung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren sowie über die erste Bestandsaufnahme seit dem Weltgipfel 2021 der Vereinten Nationen zu Ernährungssystemen. Der schwedische Vorsitz unterrichtete die Ministerinnen und

Minister über den aktuellen Stand der Gesetzgebungsvorschläge zu geografischen Angaben (g. A.), das Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe (FSDN) und Kennzeichnungsvorschriften für ökologisches/biologisches Heimtierfutter. Die rumänische Delegation informierte über die schwierige Situation in Bezug auf Großraubtiere, die bulgarische Delegation über ätherische Öle aus Ölpflanzen sowie die deutsche Delegation über eine gemeinsam mit Österreich und den Niederlanden eingebrachte Initiative zum Thema Verbot der Pelztierzucht und Pelzhandels in der EU, die von der Mehrzahl der Mitgliedstaaten positiv aufgenommen wurde. Weiters ersuchten die französische und deutsche Delegation um Informationen seitens der Kommission über die Marktlage und die aus der Agrarreserve finanzierten Unterstützungspakete. Die lettische Delegation informierte über die Notwendigkeit, Landwirtinnen und Landwirte bei der Bewältigung widriger Witterungsverhältnisse zu unterstützen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. September 2023

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister